

# Dresdner Volkszeitung

Hauptsitz: Dresden.  
Raden & Comp., Nr. 1208.

Organ der Vereinigten Sozialdemokratie

Hauptkontos:  
Gebr. Arnold, Dresden  
und Ed. J. G. G. G.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaften Dresden-Königsbrunn und Dresden-Zitzschewitz

Abonnementpreis einschließlich Postgebühren in der Woche vom 22. bis 28. September 12000 000 M., unter Abzugsbahn für Deutschland die Nummer 8000 000 M. Einzelnummer 2500 000 M.

Schreibzeitung: Wettinerplatz 10. Tel. 25 281. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. Geschäftsstelle: Wettinerplatz 10. Tel. 25 281. Geschäftszeit von früh 7 Uhr bis 6 Uhr nachm.

Anzeigenpreis: Grundpreis mal Schließzahl. Grundpreise: die 20 mm breite Komparetzelle 135 M., die 90 mm breite Reklametzelle 300 M., für auswärtige Anzeigen 160 und 340 M. Schließzahl: 30 000. Familienanzeigen Stellen- und Mietgesuche 40 Proz. Rabatt. Für Briefunterlegung 800 000 M

Nr. 224

Dresden, Dienstag den 25. September 1923

34. Jahrg.

## Das Ruhrgebiet wieder produktiv

Die Entscheidung der Ruhrvertreter — Beendigung des passiven Widerstandes

In Verlin ist eine schwere Entscheidung gefallen. Die Reichsregierung hat gestern bei einer Besprechung mit Vertretern aller politischen Parteien aus dem besetzten Gebiete die Gründe dargelegt, die einen Abbruch des passiven Widerstandes im Ruhrgebiet notwendig machen. In der darauffolgenden Aussprache stellten sich die Vertreter der Parteien des besetzten Gebietes mit Ausnahme der Deutschnationalen geschlossen auf den Standpunkt der Reichsregierung.

Nur wer Gefühlsauflösungen geachtet oder reaktionäre Ziele verfolgt, kann die Notwendigkeit der Berliner Entscheidung bestreiten. Aus Poincarés Reden ging deutlich hervor, daß wir ohne Aufgabe des passiven Widerstandes zu Verhandlungen mit Frankreich nicht kommen. Der Widerstand aber konnte nicht ins Unendliche fortgesetzt werden. Die Hauptgründe: erstens erfordert die Unterstützung der durch den Widerstand im Ruhrgebiet arbeitslos gewordenen Volksgenossen solche Umsunnen, daß Deutschland daran finanziell verbluten müßte; zweitens hatten die französischen Gewalttäter auf die Dauer mehr Nutzen von der Situation an der Ruhr als wir, da sie auf diese Weise große Teile der Verwaltung an sich bringen, Eisenbahnlinien in eigene Regie übernehmen und Gelder beschlagnahmen konnten, wo es ihnen beliebt oder möglich war. Das Ringen an der Ruhr mußte — da England nicht einschreiten eingriff — mit einer Niederlage Deutschlands enden. Ein Sieg bleibt schließlich nur der Entschluß, eine unhaltbare Kampflinie aufzugeben. Es ist ein Sieg der Vernunft über die wuchernde Entschlossenheit, von der das Kabinett Cuno beherrscht wurde.

Die Kommunisten werden gern, die Sozialdemokratie habe die kämpfenden Ruhrarbeiter verraten. Daß die Vertreter dieser Kämpfer neuerdings mehrfach die Ausschließlichkeit des Widerstandes verneinend haben, wird die R. V. D. unter den Tisch fallen lassen. Von den Deutschnationalen aber bis hinüber zu den Wölfen wird man mächtig ins germanische Horn stoßen und durch alle nationalistischen Männerbünde wird ein zorniges Raufen gehen. Brachte doch die Deutsche Zeitung gestern bereits eine Sonderbeilage, in der die Militärrevolution, die sich 1812 gegen die Dynastie kehrte und den Befreiungskrieg vorbereitete, breit geschildert wird. Wenn diese aktualisierten Erinnerungen einen Sinn haben sollen, so hofft man wohl auf der rechten Seite, daß sich ein York von Wartenberg, ein Gneisenau oder Scharnhorst finden sollen, die unsre gegenwärtige Wehrmacht zum Kampfe gegen die Reichsregierung auffordern.

Aber mehr, als besinnungslos ins Horn zu tunen, können diese Etappenhelden nicht. Vor einigen Tagen richtete die nationalliberale Korrespondenz, das Organ der Deutschen Volkspartei, die Frage an die Deutschnationalen, was sie denn zu tun gedächten, um den Kampf gegen Frankreich fortzuführen und welche Kampfmittel sie vorzuschlagen hätten? Wir haben bis heute nichts von einer Antwort der Deutschnationalen entbedt. Aber man kann aus ihrer Presse und aus ihren Reden zusammenreimen, wie sich die Rechtsradikalen so ungeschick die Lösung der Ruhrfrage ausmalen. Hier ihre wirren Gedankengänge: Wenn's sein muß, so überlassen wir den Franzosen das Ruhrgebiet und werden dadurch jeder Reparationsverpflichtung ledig. Die Ausbeutung des Ruhrreviers, die organisatorische Riesenaufgabe der Verbindung von lothringischem Erz und der Kohlenindustrie des Ruhrreviers wird den Franzosen nicht gelingen ihnen gehen die organisatorischen Talente, die uns Deutsche auszeichnen, ab. Also: Frankreichs Gläubiger werden auf Zahlung drängen, die Ausbeutung des Ruhrreviers gelingt nicht, die deutschen Zahlungen bleiben völlig aus, Englands und Amerikas Konkurrenz machen sich geltend, die Bewohner des Ruhrgebietes und des Rheinlandes werden sich nicht frangifizieren lassen, sondern den ausländischen Machthabern überall Schwierigkeiten bereiten — und so wird Frankreich sich am Ruhrpfeil krank essen, weil es ihn nicht rationell verdauen kann. In 15 oder 20 Jahren wird dann ein Revanchekrieg das weitere befordern.

Die verrannte französische Gewaltpolitik hat hier ein nicht minder verranntes Echo auf deutscher Seite geweckt denn verrannt ist diese Ansicht der Rechtsradikalen. Sie krank an dem Uebel, das am deutschen Zusammenbruch sein gerüttelt Maß Schuld hat: die Unterschätzung des Gegners, der überhebliche nationalistische Glaube an die Unfähigkeit — der andern natürlich. Japan wird uns helfen, die Engländer haben nicht mehr Kruppen als ihr Söldnerheer, die Amerikaner können nicht herüberkommen, die Offensiven Rubezdorffs und Gindenburgs werden die französischen Reserven erköpfen — wenn Klingen nicht alle diese falschen Rechnungen der deutschen Kriegführung und ihrer Raubtäter noch in den Ohren! Und so falsch, wie sich alle diese Kriegsberechnungen erwiesen, so falsch sind die neuesten Spekulationen der Rechtsradikalen. Die Franzosen haben ihre Leinwand und Juge-

nieure, sie haben die Gruben zum Teil schon in Gang gesetzt, die organisatorische Erfassung des Industriegebietes wird im Laufe der Zeit gelingen, und die deutschen Zahlungen müßten selbst nach englischer Auffassung gezahlt werden oder Frankreich könnte sich ohne Anstrengung mit der Besetzung weiterer rechtsrheinischer Strecken schablos halten. Was den Revanchekrieg jedoch anbelangt, so braucht man nur die Borniertheit der Deutschnationalen und der Deutschvölkischen zu studieren, um zu bezweifeln, daß wir ihn gemönnen. Außerdem heißt die Frage nicht: Was wird in 15 Jahren möglich sein?, sondern sie lautet: Wie verhindern wir den Zerfall Deutschlands? Es geht gegenwärtig um nichts mehr und nichts weniger als um die Einheit Deutschlands. Es geht um die Frage, wie wir die Versorgung und die Ernährung des Volkes für die nächsten Monate am besten organisieren, wie wir die Hungersgefahr und den Kampf aller gegen alle bannen! Daß dieser Kampf zum Zerfall des Reiches führen könnte, ja aller Wahrscheinlichkeit nach führen müßte — wer wollte daran zweifeln, wenn er das verbrecherische Treiben der Separatisten in Bayern und am Rhein beobachtet?

Wenn jemand Schuld hat daran, daß jetzt der französische Militarismus auf lange, lange Zeit hinaus im Ruhrgebiet verbleiben wird, wenn auch in einer unsichtbaren Form, wenn jemand Schuld daran hat, daß trotz der kommenden Verhandlungen Deutschland seine Souveränität im Ruhrgebiet künftig mit französischen Kontrollinstanzen teilen muß, so sind es jene Kreise, die die Erfüllungspolitik planmäßig sabotiert haben. Wie ist die Sozialdemokratie von rechts und links beschimpft worden, weil sie unermüdlich voraussetzte, was jetzt eintritt: daß eine Erfüllungspolitik bis zu den äußersten Grenzen immer noch erträglich ist, als die Ruhrbesetzung und daß jede Ruhrbesetzung zu einer neuen demütigenden Unterwerfung führen muß! Der Fluch des somolen Kabinetts der Cuno'schen Sachmänner begann damit, daß es diese gottverlassene aller Reaktionen wegen des Streikes um die Höhe der Reparationssumme zum Einmarsch französischer Soldaten in die wirtschaftliche Grenzlinie Deutschlands kommen ließ! Dieser Fluch lastet mit auf allen jenen bestehenden und reaktionären Kreisen, die durch ihren Widerstand gegen die Erfüllungspolitik das verzweifelte Deutschland auf diesen traurigen Pfad drängten. Der Schimpf fällt auch mit auf jene bürgerliche Presse, die im Februar noch mit der Sabotage der Erfüllungspolitik liebäugelte und heute zu spät erkennt, daß kein passiver Widerstand wieder gutmachen kann, was mit dieser Desperadopolitik verfehlt wurde: Das Experiment des Auftrumpfens ist gemacht worden und die Sozialdemokratie hat auch in diesem Punkte mit ihren Prophezeiungen in einer unarmherzigen Weise recht behalten, wie ihr lieb sein kann!

Möge jetzt das Kabinett Stresemann durch eine energische antikapitalistische Steuer- und Wirtschaftspolitik dafür sorgen, daß die Lasten der außen- und innenpolitischen Wiedergutmachung von den Schichten entsprechend getragen werden, die eine erträglichere Lösung der Reparationsfrage mit Steuererhöhungen und Arbeitsverweigerungen verhindern können.

Damit, daß jetzt das Ruhrgebiet wieder produktiv zu werden beginnt, daß eine Ursache der Marktenwertung beseitigt wird, hat sich die große Koalition noch lange nicht zur Lösung der deutschen Not, sondern erst zu einer Voraussetzung dieser Lösung durchgerungen. Die weiteren Schritte und Maßnahmen zur Verwirklichung der sozialdemokratischen Mindestforderungen sind nicht minder dringend, sind nicht nur Daseinsfragen des deutschen Volkes, sondern vor allem auch Existenzfragen der großen Koalition.

### Die Berliner Beschlüsse

Berlin, 24. September. Amtlich wird kundgemacht: Heute mittag 12 Uhr fand eine Besprechung des Reichskabinetts mit Vertretern aller politischen Parteien aus dem besetzten Gebiet statt. Der Reichskanzler legte die finanzielle Lage des Reiches dar, die bei längerer Weiterzahlung der Ruhrgebirge wirtschaftliche, soziale und innenpolitische Folgen zeitigen könne und voraussichtlich zeitigen müßte, die von Regierung und Volk nicht getragen werden könnten. Er gab bekannt,

daß die Bemühungen der Reichsregierung, mit den ehemaligen Feindmächten zu Abmachungen zu gelangen, die Deutschland die Erfüllung seiner hauptsächlichsten Forderungen — Wiederausführung der Vertriebenen, Befreiung der Gefangenen, Wiederherstellung der Hoheitsrechte an Rhein und Ruhr — schon vor einer Abbruchung des passiven Widerstandes zu sichern, erfolglos geblieben sind. Damit sei auch von der Fortsetzung des passiven Widerstandes kein Ergebnis für eine Besserung der außenpolitischen Lage mehr zu erreichen.

In den sich an die Darlegungen des Reichskanzlers anschließenden Besprechungen stellten sich die Vertreter der Parteien des besetzten Gebietes, mit Ausnahme der Deutschnationalen, geschlossen auf den Standpunkt, daß aus den sich aus der finanziellen Erschöpfung ergebenden Gründen für den Abbruch des passiven Widerstandes der unvermeidliche Schritt gezogen werden müsse. Somit bestehe die Gefahr, daß der passive Widerstand, der eine wirksame Waffe gegen den rechtswidrigen Einbruch war, zu einer Waffe gegen das eigene Volk werde. Die amfendenden Vertreter von Rhein und Ruhr würden es übernehmen, die Bewässerung der besetzten Gebiete zur geschätzten Arbeit zurückzuführen.

Nachdem die politischen Parteien ihre Erklärungen abgegeben hatten, stellte der Reichskanzler fest, daß die Verantwortung für den Einbruch zum Abbruch des von der Rhein- und Ruhrbesetzung seit neun Monaten geführten passiven Widerstandes allein von der Reichsregierung getragen werde, und er sprach gleichzeitig den Vertretern der Parteien seinen Dank für die Bereitwilligkeit aus, bei

## Die Dresdner Volkszeitung verboten!

Gehlers neuestes Heldentück

Wie uns mitgeteilt wird, ist auf dem Truppenübungsplatz in Königsbrunn und jedenfalls auch anderwärts folgendes Schriftstück ausgehängt:

Divisions-Lagesbefehl 440, Stadtbefehl 24. 9. 1923. Auf Grund des § 36 des Wehrgesetzes verbiete ich die Dresdner Volkszeitung für alle Soldaten der Wehrmacht.

Der Reichswehrminister.

Also wir sind verboten, von dem demokratischen Reichswehrminister Gehler! Wir verstehen, daß Herrn Gehler die mancherlei Abreibungen, die wir ihm verbittertemmaßen zuteil werden ließen, recht unangenehm berührt haben. Aber durch das Verbot unserer Zeitung wird die so faule Affäre Gehler nicht schöner! Es zeigt sich hier wieder, daß Gehler eifrig bemüht ist, den Geist des alten kaiserlichen deutschen Heeres in der Reichswehr der Republik zu „pflegen“. In der Zeit Wilhelms II. machte man es ja auch so, wie es jetzt Herr Gehler macht. Die sozialdemokratische Presse war bekanntlich im alten Heere verboten, damit die Soldaten nicht von dem sozialdemokratischen Gift infiziert wurden. Es sollte vor allem auch jede Kritik am Heere selbst von den Angehörigen des Heeres ferngehalten werden, sie sollten nichts davon hören, daß so vieles saul im Staate und der Armee war. So soll auch der Soldat heute von dem Kampfe nichts erfahren, den Genosse Zeigner und die Dresdner Volkszeitung gegen die Mißstände bei der Reichswehr führen.

In der alten Zeit war es ganz natürlich, daß man die unangenehme sozialdemokratische Kritik mit Verboten bekämpfte. Derartige Kampfmittel waren im Deutschland Bismarcks II. für die Staatsorgane selbstverständlich, aber ist es nicht ein Skandal ohnegleichen, daß ein demokratischer Reichswehrminister jetzt in der deutschen Republik

nach denselben Methoden arbeitet? Herr Gehler hat sich durch seinen Befehl von neuem entpöhnt. Es gelingt ihm nicht, die Wehrbedingungen, die in unsern Soldaten gegen ihn gerichtet wurden, zu entkräften, und da hilft er sich mit dem plumpen Mittel des Verbots. Wahrscheinlich, auch ein Demokrat, der Herr Reichswehrminister Gehler! Seine Partei kann stolz auf ihn sein!

Was hat sich nur Herr Gehler bei seinem Verbot gedacht, was glaubt er damit erreichen zu können, daß er zu seinen bisherigen Heldentaten eine neue skandalöse Maßnahme hinzusetzt? Herr Gehler dürfte die Antwort auf diese Frage schuldig bleiben. Wahrscheinlich hat er sich überhaupt nichts gedacht. Er ist so erfüllt vom alten echt kaiserlichen deutschen Gamaßgeist, daß er einfach auf eine ihm gebührende Kritik in derselben Weise antwortet, wie das früher ein königlich preussischer Kriegsminister auch getan hätte.

Das Verbot wird Herrn Gehler nichts nützen. Er wird nicht verhindern können, daß seine Reichswehrgesoldaten doch erfahren, was die böse Dresdner Volkszeitung gegen ihn und seine Reichswehr bringt, und die Dresdner Volkszeitung wird sich auch in Zukunft nicht davon abhalten lassen, über Gehler und die Zustände bei der Reichswehr das Notwendige zu sagen. Zeigt uns doch das Verbot der Dresdner Volkszeitung von neuem, wie notwendig der Kampf gegen Gehler ist!

Eine Republikaner, der Mäthern zusehe geht, die zu Gewalttaten gegen die Republik und Demokratie aufregen — das ist in der Not zu verstehen. Aber ein Minister, der sich Demokrat nennt und ein Blatt verbietet, weil es einen entscheidenden Kampf für Republik und Demokratie führt, der gehört auf den Komposthaufen der Geschichte.